



DIE SPITÄLER DER SCHWEIZ
LES HÔPITAUX DE SUISSE
GLI OSPEDALI SVIZZERI

Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Stabstelle Gesetzgebung DVS
Eigerstrasse 65
3003 Bern

Ort, Datum
Ansprechpartner

Bern, 23. Juli 2010
Martin Bienlein

Direktwahl
E-Mail

031 335 11 13
martin.bienlein@hplus.ch

Vernehmlassungsantwort von H+ zum Bundesgesetz über die steuerliche Behandlung der Aus- und Weiterbildungskosten

Sehr geehrte Damen und Herren

Derzeit läuft das Vernehmlassungsverfahren zum Bundesgesetz über die steuerliche Behandlung der Aus- und Weiterbildungskosten.

Als Spitzenverband der öffentlichen und privaten Schweizer Spitäler, Kliniken und Pflegeinstitutionen vertreten wir die Interessen unserer Mitglieder auf nationaler Ebene. Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Spitalwesens ist gross; es beschäftigt immerhin rund 4 Prozent der Erwerbstätigen in der Schweiz. Gerne nehmen wir zu dieser Vorlage im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens Stellung. Unsere nachfolgende Stellungnahme beruht auf einer Umfrage bei unseren Mitgliedern.

Als Arbeitgeber sind die Schweizer Spitäler, Kliniken und Pflegeinstitutionen zwingend darauf angewiesen, über genügend qualifiziertes Personal zu verfügen. Das Schweizer Gesundheitswesen hat jedoch zunehmend ein schwerwiegendes Personalproblem: Laut einer Studie des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums OBSAN braucht die Schweiz bis ins Jahr 2020 zusätzlich 25'000 Personen in der Pflege. Ebenfalls bis 2020 müssen 60'000 Gesundheitsfachleute wegen Pensionierung ersetzt werden. Die Personalverantwortlichen in Spitälern, Kliniken und Pflegeinstitutionen können heute 16% der Stellen definitiv nicht mehr besetzen und für mehr als 70% von ihnen ist dies ein grosses bis sehr grosses Problem. Die Problemlösung sehen sie in der Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen, in Pro-

grammen für Wiedereinsteigerinnen und in besserer Nachwuchsförderung. Das zeigt eine Studie des Politikwissenschaftlichen Instituts GfS in Bern im Auftrag von H+.

Die Bedeutung der Berufsbildung ist in Gesundheitsberufen sehr gross. Wir erachten es als dringend notwendig, dass die Rahmenbedingungen für Aus- und Weiterbildungen im Gesundheitswesen möglichst attraktiv gestaltet werden. Dazu gehört, dass derzeitige oder künftige Arbeitnehmerinnen, die sich für eine Aus- oder Weiterbildung im Gesundheitswesen interessieren, auch einen finanziellen Anreiz in Form von steuerlichen Abzügen haben. Gerade in Gesundheitsberufen, bei denen die Berufsleute engen Kontakt mit den Patientinnen und Patienten pflegen, ist es äusserst wichtig, dass sie mit mindestens einer der Schweizer Landessprachen und den hiesigen Lebensgewohnheiten vertraut sind. Für das Gesundheitswesen ist es daher wichtig, in erster Linie Arbeitskräfte zu rekrutieren, die sich möglichst auch hierzulande für die entsprechenden Berufe qualifiziert haben.

Wir begrüssen grundsätzlich die vorgeschlagenen Inhalte der Vorlage mit Ausnahme der folgenden Aspekte:

Eine der Zielgruppen, die künftig für Spitäler, Kliniken und Pflegeinstitutionen interessant wird, sind Quereinsteigerinnen, die nach einer Familien- bzw. Kinderpause einen Beruf im Gesundheitswesen erlernen. Für viele darunter dürfte dies die Erstausbildung sein. Aus diesem Grund befürworten wir es, nicht generell Kosten für eine Erstausbildung von der steuerlichen Abzugsfähigkeit auszuschliessen, sondern hierfür Ausnahmen zuzulassen. Wir erachten es als sinnvoll, eine Altersgrenze zu setzen, ab wann Kosten für eine Erstausbildung abgezogen werden dürfen, diese aber grosszügig festzulegen, beispielsweise bei 30 Jahren.

Wir finden es grundsätzlich gut, eine Obergrenze für abzugsfähige Aus- und Weiterbildungskosten zu definieren. Eine Abzugsobergrenze von 4'000.- CHF erachten wir jedoch als eindeutig zu tief. Die Gesamtkosten für Aus- und Weiterbildungen belaufen sich heute oft auf über 10'000.- CHF, vor allem für höhere Bildungslehrgänge. Um wirklich attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen, müsste die Obergrenze deutlich höher sein und sich mindestens auf 12'000.- CHF belaufen.

In diesem Sinne empfehlen wir dringend, das Bundesgesetz über die steuerliche Behandlung der Aus- und Weiterbildungskosten mit den obgenannten Änderungen einzuführen und die dazu erforderlichen Schritte möglichst rasch einzuleiten.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Dr. Bernhard Wegmüller
Direktor